

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kuhl
Geschäftsstelle: Herford,
Reinstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Schiedam Hannover

Anzeigenpreis 40 Pfennig

die 1spalt. Millimeterzeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 50 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.50 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 221.

Herford, Mittwoch, den 21. September 1921

39. Jahrgang.

Sozialistische Realpolitik.

Der Verlauf des Göttinger Parteitag zeigt, daß die früheren Methoden einer bestimmten Festlegung der Koalitionstatistik den sozialdemokratischen Führern gründlich über geworden ist. Die Forderungen nach taktischer Freiheit sind nunmehr nacheinander von Krüger, Hermann Müller, Scheidemann und Otto Braun erhoben worden. Hermann Müller hat sich besonders resolut zu der heute einzig möglichen Realpolitik bekehrt. Er war es, der im Reichstagswahlkampf die Lösung ausgegeben hatte: Niemals eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Eigentlich hätte Herr Müller, der als früherer Reichskanzler und langjähriger Sekretär des sozialdemokratischen Parteivorstandes doch immerhin einige Erfahrung hat, schon früher das alte französische Sprichwort beherzigen müssen, daß man in der Politik niemals niemals sagen soll. Auf den Zwischenruf „Stinnes“ erwiderte Herr Müller in Götting ganz vernünftig, daß man Stinnes nicht zum schwarzen Mann machen dürfe. Der frühere preussische Minister Sebering hat dann mit Recht darauf hingewiesen, welcher Unterschied zwischen Stinnes und Thyssen sei. Bekanntlich ist Herr Thyssen Zentrumsmann, und es wird tatsächlich nicht ganz einfach sein, zwischen den beiden Industriekapitänen auch nur den leisesten Unterschied zu entdecken. Außerordentlich bemerkenswert ist es, daß auch ein Mann wie Eduard Bernstein, der sonst sehr unpraktisch geworden ist, obwohl er einst den Revisionismus predigte, sich für die große Koalition einsetzt. Bernstein ging während des Krieges bekanntlich zur unabhängigen Sozialdemokratie. Trotzdem bekämpfte er in Götting die Unabhängigen, die jetzt eine reine Stimmungspolitik trieben. Es läßt sich nicht leugnen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich auf ihrer Göttinger Tagung im Gegensatz zu Kassel außerordentlich realpolitisch gezeigt hat. Sie ist die Wege gegangen, die von der Deutschen demokratischen Partei unermüdlich als einzige Lösung für die Gegenwart empfohlen wurden.

Die Regierungsumbildungen im Reich und in Preußen.

20. Berlin, 20. Sept. Wie wir erfahren, sind die Erwägungen über die Umbildung der Reichsregierung in unverbundlichen Besprechungen zu etwa folgenden Resultaten gekommen: Die Sozialdemokratie erhält den Rostocker Posten, der wahrscheinlich dem jetzigen Reichstagspräsidenten Koebbe angetragen wird. Ferner verbleibt ihnen das Innenministerium mit Gradow. Das Finanzministerium wird Reil erhalten, falls die Deutsche Volkspartei in Preußen das Finanzministerium übernimmt. Das Außenministerium wird wahrscheinlich der Abg. Dr. Stroschmann übernehmen. Den bisherigen Außenminister überträgt man dann für einen wichtigen Auslandsposten zu verwenden. Der Wiederaufbauminister Dr. Mathenau soll dem Ministerium erhalten bleiben. Die übrigen sechs Ministerien werden so aufgeteilt, daß das Zentrum 3, die Deutsche Volkspartei 2 und die Demokraten ein Ministerium erhalten. In den Besprechungen, die zwischen den einzelnen Parteien bereits stattgefunden haben, hat man sich, wie verlautet, über die Umbildung der preussischen Regierung bisher wie folgt geeinigt: Die Sozialdemokraten erhalten drei Sitze, das Ministerium des Innern übernimmt Severing, das Justizministerium Professor Radbruch, das Ministerium für Volkswohlfahrt Otto Braun. Das Zentrum erhält den Ministerpräsidenten, wahrscheinlich Dr. Borch, und das Kultusministerium, die Deutsche Volkspartei das Ministerium für Landwirtschaft und das Finanzministerium, die Demokraten behalten allein das Handelsministerium. Allerdings gilt diese Verteilung noch nicht als endgültig feststehend, da angeblich das Zentrum nicht gewillt ist, das Kultusministerium zu übernehmen und da man gegen die Besetzung des Wohlfahrtsministeriums mit Otto Braun Bedenken hegt.

England und das neu zu bildende Reichskabinett.

20. London, 20. Sept. Der englischen Regierung ist durch ihren in London weilenden Gesandten mitgeteilt worden, daß nach seinen Informationen die Bildung einer festen Koalitionsregierung der Mitte als sicher anzunehmen sei. Diese Regierung werde nach der einen Seite hin eine passivistische Sicherung durch die Sozialdemokratie haben und würde auf der anderen Seite die Sicherung der Erfüllung der Wirtschaftsbedingungen bringen durch die Teilnahme der Deutschen Volkspartei. Die englische Regierung wird daraufhin sich mit erneutem Nachdruck für die Aufhebung der Sanktionen einsetzen und auf der Währungskonferenz in Washington versuchen, eine Lösung zu finden, die die europäischen Wirtschaftsverhältnisse auf eine neue gesunde Basis bringen werden.

Die Zentralfelle für Reichsgliederung.

20. Berlin, 20. Sept. Nachdem der Staatsminister a. D. Graf von Helldorf wegen der Verlegung seines Wohnsitzes nach Hamburg den Vorsitz in der Zentralfelle für die Gliederung des deutschen Reiches niedergelegt, hat auf Ersuchen des Reichsministers des Innern der Reichsminister a. D. Koch den Vorsitz übernommen. — Die Zentralfelle ist eine gutachtliche und rein beratende Stelle, die

Das Neueste vom Tage

Der oberste Rat wird sofort nach der Beschlußfassung des Völkerbundesrates über Oberschlesien zusammenzutreten und die endgültige Lösung der ober-schlesischen Angelegenheit verkünden.

Aus Düsseldorf sind eine französische Kavalleriebrigade, eine Automobilgruppe und ein Tankgeschwader zurückgezogen worden.

In der Mordache Erzberger ist in Frankfurt am Main der Leutnant a. D. Wilhelm Heinz festgenommen und der Staatsanwaltschaft in Offenbach zugeführt worden.

Nach einer genauen Lebensmittelpreisstatistik haben sich die Kosten des Nahrungsmittelwandens gegenüber der Friedenszeit von 1 auf 16 erhöht.

Es ist unwahrscheinlich, daß Lloyd George an der Washingtoner Abrüstungskonferenz teilnehmen wird, da innenpolitische Angelegenheiten ihn in England zurückhalten.

Durch eine schwere Gasexplosion in dem Bergwerk von Mont Boulligan in Nord-Queensland wurden 70 Bergleute verschüttet; man befürchtet, daß alle tot sind.

Nach den letzten Berichten haben die Türken nach schweren Gefechten Sidrhisar besetzt. Die griechischen Verluste sollen sehr groß sein.

unter Zuhilfenahme von Politikern, Verwaltungsmännern und Wissenschaftlern ihre Gutachten dem Reichsminister des Innern resp. dem Reichskabinett vorlegt.

Deutsche Wirtschaftshoheit.

20. London, 20. Sept. Es scheint mit Sicherheit angenommen werden zu dürfen, daß die deutsche Regierung die Entscheidung des Obersten Rates, wonach eine Organisation eingerichtet werden soll, um die Gewährung der Einfuhrzöligen durch Deutschland zu beobachten, lokal anzunehmen beabsichtigt. Ueber die genaue Auslegung dieser Entscheidungen gingen die Meinungen ziemlich weit auseinander. Es sei indessen zu hoffen, daß die ganze Frage binnen kurzem geklärt sein würde. Die einzige noch ausstehende Frage betraf den Punkt, ob die interalliierte Organisation die Eigenschaft des Beobachters haben soll, oder ob sie eine Körperschaft bilden soll, die bevollmächtigt ist, gegen die Gewährung von Zöligen ihr Veto einzulegen. Britische Kreise sind für die erstgenannte Auslegung.

Anmerkung des Wolff-Büros: Diese Neuter-Meldung bestätigt das, was bisher über den deutschen Standpunkt in dieser Angelegenheit bekannt geworden ist. Die deutsche Regierung ist bereit, eine Kommission mitzubilden und anzuerkennen, der es obliegen soll, die sogenannten Diskriminationen zu prüfen, d. h. darüber zu wachen, daß kein Land gegenüber einem anderen bei der Handhabung der Einfuhrregelung benachteiligt wird. Diese Auffassung der deutschen Regierung wird nach dieser Neuter-Meldung von der englischen Regierung geteilt, die sich gegen jede Erweiterung der Befugnisse der Kommission, in der ein Eingreifen in die deutsche Wirtschaftshoheit erblickt werden müßte, wendet.

Die Garantiekommision der Entente in Berlin.

20. Berlin, 20. Sept. Im Laufe dieser Woche wird die Pariser Garantiekommision in Berlin eintreffen und mit der Reichsregierung über die deutschen Zahlungsmöglichkeiten, das deutsche Budget, die neuen deutschen Steuerentwürfe und andere Angelegenheiten, namentlich bezüglich der Valuta, Beratungen abhalten. Es ist wahrscheinlich, daß dieses Programm noch erweitert wird, wenn die Kommission in Berlin eingetroffen ist. Neben den Besprechungen mit der Reichsregierung werden auch solche mit den in Berlin weilenden Vertretern der Reparationskommission laufen.

Die Gegensätze im nahen Osten.

20. London, 20. Sept. Der diplomatische Berichtsfalter des „Daily Telegraph“ schreibt: Am letzten Freitag hat der französische Botschafter in London beim Foreign Office offizielle Vorstellungen erhoben wegen General Harringtons Befehl, die angeblichen Verschwörer in Konstantinopel zu verhaften. Der französische Botschafter erklärte, die französische Regierung sei der Ansicht, daß der alliierte Oberbefehlshaber sein Mandat überschritten habe. Man scheine in Frankreich der Ansicht zu sein, daß General Harrington einen de facto-Zustand der britischen Hegemonie der Meerengen schaffe. Aus diesem Grunde habe auch die Demonstration vor Konstantinopel verhängt. Der Berichtsfalter weist darauf hin, daß die italienische Regierung trotz des französischen Druckes sich dem formellen Protest nicht angeschlossen hat. Außerdem schide Italien nicht wie Frankreich, nachdem es den Griechen nicht gelang, Angora zu erreichen, eine unabhängige Friedensmission nach An-

gora. Die Teilnahme französischer Offiziere gebe dieser Mission einen offiziellen Charakter. Niemals war die Aussicht, daß die Entente eine einstimmige Entscheidung treffen, geringer gewesen als jetzt in der Frage des nahen Ostens.

Abrüstungsfragen.

20. Genf, 20. Sept. Den Mitgliedern des Völkerbundesrates und der Versammlung ging heute der Bericht der Kommission für die Abrüstungsfrage zu. Aus dem ausführlichen Bericht verdienen vor allem die politischen Betrachtungen über die allgemeine Lage und besonders Deutschland Interesse. Sie versuchen den Nachweis zu führen, daß die heutige politische Lage eine Abrüstung sehr schwierig macht. Als der Entwurf ausgearbeitet wurde, rechnete man damit, daß alle Völker Mitglieder derselben Vereinigung sein würden. Solange aber die Vereinigten Staaten, Deutschland und Rußland am Völkerbund nicht teilnehmen, wird es für seine Mitglieder schwierig sein, gemeinsam einen separativen und fortschreitenden Abrüstungsplan vorzunehmen. Der Bericht weist besonders auf die Befürchtungen der Rußland benachbarten Staaten hin, die noch unsichere Lage der deutschen Republik, die erste Spannung zwischen Litauen und Polen und die Tatsache, daß die aus der Zerstückelung Österreich-Ungarns hervorgegangenen Staaten sich noch nicht vollständig der durch die Friedensverträge geschaffenen Lage angepaßt haben. Die Antworten der verschiedenen Regierungen über ihre Heeresausgaben zeigen, mit welcher Voracht die Völkerbundsmitglieder an die Prüfung konkreter Abrüstungsfragen herantraten. Als einzigen wirklichen Fortschritt auf dem Gebiet der Abrüstung führt der Bericht die durch die Friedensverträge gewissen Staaten aufgezwungene Abrüstung an. Es heißt darüber, die Ausführung dieser Bedingung ist auf dem Wege guter Verwirklichung. Wir hoffen, daß sie nach der Errichtung eines festen demokratischen Regimes gekräftigt wird. Das wäre eine wesentliche Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens. Tatsächlich wurde im Laufe der Geschichte niemals eine so wesentliche Maßnahme von so großer Tragweite getroffen, wie die Abschaffung der Dienstpflicht in Deutschland und die Herabsetzung der regulierten Streitkräfte dieses Landes auf ein freiwilligen Heer, das nicht die notwendigen Bedürfnisse der inneren Verteidigung überschreitet. Die strenge Aufrechterhaltung dieser Maßnahme wird nicht nur die Abrüstungsbeschränkungen erleichtern in den anderen Ländern, sondern die Aufrechterhaltung des Friedens in Westeuropa zur Folge haben. Der Bericht befaßt sich an verschiedenen Stellen mit der Entwaffnung Deutschlands. So heißt es in dem Bericht der zweiten Unterkommission über das Untersuchungsrecht des Völkerbundes: Man kann praktisch an das Abrüstungsproblem wohl kaum herantreten, wenn man sich nicht erst darüber versichert, daß alle in den Verträgen vorgeschriebenen Maßnahmen vollständig und lokal durchgeführt werden. Erst wenn auf diese Weise Sicherheit geschaffen ist, kann die allgemeine Abrüstung ins Auge gefaßt werden, um allmählich zur Lösung zu gelangen. Das Studium dieses Untersuchungsrechtes, das die Ausführung dieser Maßnahmen kontrollieren soll, ist also eine der wesentlichsten Vorbedingungen für die Lösung dieses Problems. Diese Auffassung, die auch in dem französischen Änderungsantrag zu Artikel 9 zum Ausdruck kommt, zeigt von neuem, daß das Abrüstungsproblem für den Völkerbund sich im wesentlichen auf die Durchführung der Friedensverträge beschränkt und bestätigt die Kritik, die der norwegische Abgesandte lange in der vergangenen Woche an der einseitigen und ungenügenden Behandlung der Abrüstungsfrage übte.

Herford und Minden-Ravensberg

Wer nicht zu schweigen weiß, der weiß auch nicht zu reden.
Seneca.

21. September.

25fache Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge!

Durch Gesetz vom 23. Juli d. Js. hat der Reichstag die Beiträge zur Invalidenversicherung erhöht und damit den Versicherungsanstalten endlich die Mittel zur Deckung der ihnen zur Last fallenden Zahlungen von Rentenzulagen und Rentenbeiträgen an die Hand gegeben.

An die Stelle der bisherigen 5 mit römischen Zahlen bezeichneten Lohnklassen treten vom 1. Oktober ab 8 neue mit den Buchstaben A—H bezeichnete mit folgenden Grenzen und Beiträgen:

Lohnkl.	Jahresarbeitsverdienst	Wochenbeitrag
A	bis zu 1000 M.	3,50 M.
B	von mehr als 1000 bis zu 3000 M.	4,50 M.
C	von mehr als 3000 bis zu 5000 M.	5,50 M.
D	von mehr als 5000 bis zu 7000 M.	6,50 M.
E	von mehr als 7000 bis zu 9000 M.	7,50 M.
F	von mehr als 9000 bis zu 12000 M.	9,— M.
G	von mehr als 12000 bis zu 15000 M.	10,50 M.
H	von mehr als 15000 M.	12,— M.

Wie der Jahresarbeitsverdienst zu berechnen ist, bestimmt der Reichsarbeitsminister. Seine Anweisung wird veröffentlicht werden, sobald sie erscheint. Den neuen Lohnklassen entsprechend werden vom 1. Oktober ab 8 verschiedene Beitragssätze mit entsprechender Bezeichnung von den Postanstalten verkauft werden. Die zur Zeit geltenden Marken dürfen für die Zeit nach dem 1. Oktober nicht verwendet werden, sie sind anderer Art als die von da ab geltenden. Wer sich vor Unannehmlichkeiten schützen will, der bringe mit Ende des laufenden Monats die Markenverwendung in Ordnung und verwende vom 1. Oktober ab die neuen Marken.

Vor dem Kriege betrug der wöchentliche Beitrag in der höchsten Lohnklasse der Invalidenversicherung 0,48 M., jetzt ist er auf 12 M. erhöht worden, das heißt: auf das 25fache. In dieser höchsten Lohnklasse H (jährliches Einkommen von 15 000 M. und darüber) befindet sich heutzutage in den Großstädten die Masse der Arbeiter.

Eine gewisse Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge ist durch die Entwertung des Geldes geboten. Eine Erhöhung bis zum 25fachen entspricht aber keineswegs der Verteuerung der Lebenshaltung.

Was die riesige Erhöhung der Beiträge für den einzelnen bedeutet, wird klar, wenn man bedenkt, daß die jährliche Beitragszahlung des Arbeitgebers bei einem mittleren Betriebe von 1000 Arbeitern der höchsten Lohnklasse vor dem Kriege 12 480 M. betrug, jetzt aber auf 312 000 M. erhöht ist, d. h. also, der Arbeitgeber hat rund 300 000 M. mehr zu zahlen als vor dem Kriege.

Trotz 25facher Erhöhung der Beiträge sollen andererseits die Renten nur um das 9fache vergrößert werden.

Die Beitragszahler und die Allgemeinheit haben ein lebhaftes Interesse daran, zu erfahren, wo die Ueberhöfe bleiben. Wenn sie zu Rücklagen verwandt würden, könnte man sich damit noch abfinden. Wir befürchten jedoch, daß sie vom Verwaltungsapparat für erhöhte Lasten beansprucht werden.

h3. Eine Anerkennung für den Krankenkassenverband Herford. Aus Anlaß der Durchführung der Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die hier vom 11. bis 23. August in der Turnhalle auf dem Wilhelmplatz stattfand, ging dem Vorstande des Krankenkassenverbandes Herford vom Deutschen Hygiene-Museum, Dresden-N. 6, das nachstehende Anerkennungs schreiben zu: „Nachdem die Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Herford ihr Ende gefunden hat, ist es uns ein Bedürfnis, Ihnen unsern ergebensten Dank dafür zum Ausdruck zu bringen, daß Sie sich so selbstlos in den Dienst unserer aufklärenden Bestrebungen gestellt und dadurch zum Erfolg der Ausstellung wesentlich beigetragen haben. Wir wissen zu schätzen, daß Sie sich um die Vorbereitung und Durchführung ganz besonders bemüht haben und es gereicht uns zur besonderen Freude, zu hören, daß der ideale Erfolg Ihnen ungeeilt Beifall gefunden hat. — Besuch wurde der Ausstellung von circa 9000 Personen, den dortigen Verhältnissen entsprechend immerhin ein beachtliches Zeugnis reger Anteilnahme aller Bevölkerungsschichten. Möge die Wirkung der Veranstaltung eine recht tiefe und nachhaltige sein! — Die Leitung des Deutschen Hygiene-Museums: (Unterschriften des Wissenschaftlichen und des Verwaltungsdirektors).“ — Diese Worte der Anerkennung für die Bemühungen des Vorstandes des hiesigen Krankenkassenverbandes, seinen Mitgliedern und der gesamten Öffentlichkeit etwas Gutes von bleibendem Werte zu bieten, werden bei Allen, welche die Ausstellung besichtigten und die erläuterten ärztlichen Vorträge hörten, ein lebhaftes Echo finden.

h3. Erhebung der Gewerbesteuer. Von verschiedenen Mitgliedsfirmen ist darüber Beschwerde geführt, daß sie in diesem Jahre zu hoch zur Gewerbesteuer veranlagt sind und ferner, daß sie nicht, wie früher, einen Steuerbescheid zugestellt bekommen haben. Die Steuerbescheide für die Gewerbesteuerklassen III und IV, die vom Reg.-Rat Paul in hiesigen Finanzamt bearbeitet werden, sind schon im Juli versandt worden. Die Gewerbesteuerklasse I und II wird vom Finanzamt Minden bearbeitet. Die Steuerbescheide werden den Gewerbetreibenden in den nächsten Tagen zugestellt werden. Wir empfehlen denjenigen, die glauben, daß ihre Gewerbesteuer zu hoch veranlagt ist, bei dem Vorstehenden des Gewerbesteuerausschusses der Klassen I und II

beim Mindener Finanzamt Einspruch zu erheben. Für die Gruppe III u. IV ist die Einspruchsfrist bereits abgelaufen.

h3. Die neue Fahrpreiserhöhung. Für die Tarifierhöhung im Personenverkehr, die, wie geplant, auf den deutschen Eisenbahnen zum 1. Dezember d. Js. in Kraft treten soll, ist folgendes festgesetzt und zur Durchführung bestimmt worden: Mit Wirkung vom 1. Dezember ab sollen die Fahrpreise des Fernverkehrs einschließlich der Fahrpreise für Gunde-, Arbeiter- und Zeitkarten um 30 v. H. erhöht werden. Die Erhöhung erstreckt sich auch auf die Schnellzugzuschläge, die künftig in der ersten Zone (bis 75 Km.) in der ersten und zweiten Klasse 10 M. und in der dritten Klasse 5 M. für die zweite Zone (76 bis 150 Km.) in der ersten und zweiten Klasse 20 M., in der dritten Klasse 10 M. und in der dritten Zone (bei Entfernungen von über 150 Km.) in der ersten und zweiten Klasse 30 M., in der dritten Klasse 15 M. kosten werden. Die Vorarbeiten für Tarifierhöhung im Güter- und Tierverkehr, die abweichend von den Erhöhungen im Personenverkehr bereits am 1. November in Kraft treten sollen, sind im Gange. Auch für diesen Tarif soll dem vorläufigen Eisenbahnbeirat eine gleichmäßige Erhöhung von 30 v. H. vorgeschlagen werden.

h3. Sonntagsbenutzung der Sonntagskarten. Vom Sonnabend, den 24. d. Mts., ab können in unserm Bezirk, der Eisenbahndirektion Hannover, Sonntagskarten zur Einzelfahrt schon am Sonnabend, oder am Tage vor den für den Sonntagskartenverkehr zugelassenen Festtagen, von 12 Uhr mittags ab, benutzt werden. Diese Karten dürfen am Ausgabestage aber nicht zur Rückfahrt benutzt werden.

Der deutsche Verein gegen den Alkoholismus gibt in seinem Jahresbericht über das Jahr 1920 ein interessantes und lehrreiches Bild von seiner Arbeit. Diese beschränkt sich schon längst nicht mehr nur auf Trinkerheilung u. Trinkerfürsorge und auf den Kampf gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, sondern die weit verzweigte Tätigkeit erstreckt sich auf die alkoholfreie Jugenderziehung, für die durch Vorträge in den Schulen und durch Verbreitung aufklärender Schriften, besonders aber auch durch große Wanderausstellungen eifrig geworben wird. Insgesamt wurden diese Wanderausstellungen im Berichtsjahr rund 65 000 Personen, darunter über 45 000 Schülern reiferen Alters, vorgeführt. Um die Arbeit an und mit der Studentenschaft zu betonen, hat sich hauptsächlich der Tübinger Neurolog und Universitätsprofessor Gaupp, dessen veröffentlichter Vortrag „Student und Alkohol“ weiteste Verbreitung besonders in den akademischen Kreisen verdient. Ferner dienen Vorträge, wie z. B. der bevorstehende in Breslau vom 6. bis 8. Oktober, und Tagungen — die Schaffung von besonderen Büchereien und die Unterfütterung der großen Büchereien mit aufklärenden Schriften über den Alkohol, Arbeit in der Presse (Selbstherausgabe von 5 Zeitschriften u. Korrespondenzen) der großen umfassenden Arbeit am deutschen Volk. — Die Alkoholgegnerbewegung muß noch immer weiter wachsen, soll unser deutsches Volk innerlich und äußerlich gesund und erstarben.

h3. Eisenbahn-Personalien. Der Eisenbahn-Obersekretär Schaar, welcher die umfangreichen Umbauten auf dem hiesigen Staatsbahnhof leitet, sowie der Vorsteher der hiesigen Eisenbahn-Betriebswerkstatt, Werksstättenvorsteher Schodder, wurden zu Eisenbahn-Ingenieuren ernannt.

Ein seltenes astronomisches Ereignis. Der Oktober wird uns zweimal Neumond, und zwar am 1. und 31. Oktober bringen. Ein alter Spruch sagt, daß beim Eintritt eines solchen Ereignisses die Mäuse draußgehen! Darüber wird sicherlich niemand erbost sein, da wir an diesen Schädlingen diesmal Ueberfluß haben.

dp. Staatsminister Dominicus kommt nicht nach Bielefeld. Wichtige Konferenzen halten den Minister heute in Berlin zurück. Die Bielefelder demokratische Parteileitung hat daher beschlossen, die für heute in Brinckhoffs Tonhalle angelegte Versammlung ausfallen zu lassen.

— **Konzert des Hygealchors.** Nach längerer Zeit sollen wir am Sonnabend wieder einmal Gelegenheit haben, uns an der Sangeslust und -tätigkeit des hiesigen Hygealchors erfreuen zu dürfen. Daß an diesem Abend ein solch gedie-

genes Programm zur Aufführung kommt, wie es vorliegt, ist das Verdienst des Dirigenten, Herrn Paul Gröppler, und als eine Tatkraft nur dankbar und freudig zu begrüßen. Wir hören Bieder aus dem 14. Jahrhundert, den Zeit der Minnefänger, werden geführt über das 17. Jahrhundert, das gerade wegen (oder vielmehr aus den Erfahrungen heutiger Tage zu sprechen: troß) seiner äußeren und inneren Kämpfe auf dem Gebiet der innerlichen Kunst herrliche Früchte gezeitigt hat, bekommen Kostproben aus den deutschen Erzeugnissen des 18. Jahrhunderts zu Gehör gebracht, die uns zeigen, daß zwischen Kunst und Volkstum keine hemmenden Gegensätze bestehen und deren Bieder uns erst so recht wieder durch verdienstvolle Forschungen und Bearbeitungen bekannter Persönlichkeiten jüngster Zeit zum dauernden Besitz gemacht wurden, und werden dann endlich hinaufgeführt in das Jahrhundert der deutschen Romantik. So sehen wir die Hedenroße, die aus dem Munde des Volkes entstandene Weise, und sehen die edle Gartentrose, das Kunstlied. Der erste Teil des Programms bringt ernste Chöre, der letzte Teil heitere Lieder. — Einen ganz besonderen Charakter nimmt das Konzert an durch die Anwesenheit des bekannten Bassängers G. M. Walter-Berlin. Ueber die Verdienste eines solchen Künstlers viel Worte verlieren zu wollen, hieße wohl nur, den Eindruck einer Persönlichkeit verwischen. Walter wird nicht nur den ersten Teil durch ernste Lieder von Bach usw. verschöneren, sondern auch im 2. Teil kleine Balladen humorvollen Inhalts singen, aus deren Zahl nur genannt seien: „Die Tabakspfeife“ von J. S. Bach, „Lob der Faulheit“ von Gahnd, „Der Ruß“ von Beethoven. — Zum Schluß sei noch erwähnt, daß der Reingewinn des Konzertes in die Kasse zur Hilfe für die Ober-schlesier fließen wird.

Amt Enger

v. Enger. In der Sitzung der Stadtvertretung vom 17. Sept. wurde verhandelt bezw. beschlossen: Auf Grund eines Beschlusses der Stadtvertretung vom 18. Juli 1921 fand eine Besichtigung des evtl. als Spielplatz auszunehmenden Grundstückes mit Vertunlehrer Schmalt und Regierungslandmesser Sewig statt. Etwaige Beschlässe sollen bis Anfang Januar 1922 fertig werden. Die Änderung der Satzung der Stadtparisse wurde wie folgt beschlossen: Unter § 10 Absatz 1 soll eingefügt werden: „Bei Besetzung der Mandantenstelle prüft der Vorstand der Stadtparisse die eingekandideten Bewerberinnen und schlägt der Stadtvertretung geeignete Personen zur Wahl vor.“ Im 2. Absatz soll der dritte Satz „die Bezüge“ bis „festgesetzt“ gestrichen und stattdessen folgender Satz eingefügt werden: „Die Bezüge des Mandanten setzt die Stadtvertretung nach Anhörung des Stadtparissenvorstandes fest.“ — Stadtvertretung bewilligte weitere 1500 M. für Milchgeschiffe. Stadtvertretung bewilligte einstimmig den erforderlichen Betrag für eine Wochenportion für die nächste Außerordentliche Sitzung vom 1. Oktober bis 1. November 1922. Der Bescheid des Kreisaußschusses vom 26. d. M. betreffend Genehmigung des Ortsstatuts gegen die Verunstaltung von Straßen und Plätzen in der Stadt Enger wurde billigen zur Kenntnis genommen. Dem Antrage des Lokomotivführers Homann auf Bewilligung des Gemeindevorstandes zum Bau eines Wohnhauses wurde nach Maßgabe des Beschlusses vom 29. August zugestimmt. Dem Antrage des Lehrerkollegiums auf Auszahlung von Notzuschlägen zum Grunsteuersatz, zum Zuschlag und zu den Kinderbeiträgen der Staatsbeamten und Lehrpersonen vom 2. September wurde gleichfalls zugestimmt.

Amt Dlotho

Dlotho. Die Innungen und sonstigen Gewerbetreibenden haben in einer Versammlung einstimmig beschlossen, im Juli 1922 eine Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Dlotho zu veranstalten. Als Ausstellungsgelände ist die neue Bürgerstraße, vordemhals der Genehmigung durch die Stadtvertretung, in Aussicht genommen.

Schildebe. Ein raffinierter Schwindler trieb hier sein Unwesen. Morgens gegen 9 Uhr erschien bei dem Landwirt Höner in Eifen ein junger Mann von etwa 21 Jahren und bat ihn, ihm einen Tausendmarktschein zu wechseln. Er gab an, vom Hofe des Landwirts Meyer zu Eifen zu kommen, wo sie Vieh hingebraucht hätten. Höner schenkte seinen Angaben Glauben und holte sein sämtliches Geld zusammen, damit er die tausend Mark zusammen brachte. Der

konnte ... Bei der sah aus, wie er auf der Trage eingebracht wurde! Die Kleider zerrissen und voll Schmutz und Schweiß, die Haare, die der Pommeschädel alle Tage so schön fräusen und ringeln ließ, hingen wie bei einem Zigeuner über das Gesicht! ... Nun, er hat sein Schmerzensgeld vollaus gegeben. Es ist ihm nicht vergessen worden, daß er sein Leben in die Schanze geschlagen hat, um dem Fürstentum die Erbschaft zu gewinnen, und darum ist er auch schließlich — Minister geworden.

„Und Herr von Giebach?“ fragte der Student. „Ja so, Herr von Giebach!“ wiederholte Siebert, indem er sich die Stirn rieb. „Am liebsten hätte ich ja eigentlich die Schandgeschichte erzählt. Je nun, der verging sozusagen seit der Nacht. Zuerst war er noch ziemlich lustig und guter Dinge — er ritt viel nach Greinsfeld; das hörte aber schon nach ein paar Tagen ganz auf. Er zog nach A., und just an dem Tage, wo in Greinsfeld große Hochzeit war — die junge Gräfin heiratete den Grafen Ethern — da ging er auf und davon ... Nun, der konnte freilich so mir nichts dir nichts in die weite Welt gehen, er hatte ja nicht Weis und Kind wie mein Major.“

Der Hüttenmeister war während der letzten Mitteilung des Alten an eins der Fenster getreten und hatte die Vorhänge auseinander geschlagen — ein berauschender Alkoholdunst strömte sofort in das Zimmer. Auf dem Fensterbrett blühten in Töpfen Veilchen, Maiglöckchen und Tagelilien. Der junge Mann schnitt erbaulich die schönsten Blüten ab und schob sie vorsichtig in eine weiße Papierhülle. Bei Sieberts letzten Worten bog er den Kopf ins Zimmer zurück: ein rascher Seitenblick streifte die gespannten Gesichtszüge seines Bruders, wobei ihm eine helle Röte über Gesicht und Wangen lag.

„Aber nun lassen Sie die alten Geschichten ruhen, Siebert!“ rief er, die Röte des alten Soldaten rasch abweisend, hinüber. „Sie selbst machen ja vieles gut, was andere verschuldet haben. Sie sind der getreue Edart.“

(Fortsetzung folgt.)

Reichsgräfin Gisela.

4) Roman von G. Marloff.

„Ja, sie galt für eine der schönsten Frauen ihrer Zeit ... Draußen im Schloß Arnberg hängt ja noch ihr Bild, eine geschmeidige, schlanke Gestalt, große hochschwarze Augen in einem schneeweißen Gesicht, und darüber förmlich strahlendes, goldblondes Haar.“ „Das war es eben!“ unterbrach Siebert grimmig lächelnd die Schilderung. „Weiß der Henker wie sie es angefangen hat! Sie war damals hoch in den Dreißigern und hatte schon eine Tochter von siebzehn Jahren; aber sie sah aus wie Milch und Blut. — Die Jüngste konnte nicht aufkommen neben ihr, und kein Mensch wußte es besser als sie selbst ... Das elende Komödiantenweib! Wie zerbrochen fiel sie auf einmal vor meinem Herrn nieder und schlang ihre weißen Arme um seine Knie. Sie steckte noch in den Maskenkleidern — das funkelte und glitzerte, und das gelbe Haar, das ihr der Sturm auseinandergerissen hatte, schleppte lang nach auf dem Boden; an der Seite des Gesichts aber floß es schmal und rot nieder und ringelte sich über den weißen Hals hin, wie eine kleine Schlange — ihn, eine Schlange mußte freilich dabei sein, wo eine Mannesehre zerbrach, der bis dahin kein Fleckchen nachzusagen war! Herr, mir zuckte es in den Fäusten, die Erbschleicherin von der Schwelle wegzujagen, wo sie nichts mehr zu suchen hatte — und er stand da, freideweiß, und entsetzte sich über einen Gaunr in der Stube des elenden Weibes — ein Stein aus dem niederprassenden Mauerwerk hatte ihre Stirn gestreift — wenn er nur besser getroffen hätte! ... „Ich bin verwundet“, sagte sie so schwach, als ginge es zu Ende mit ihr; „wollen Sie mich hier umkommen lassen, Giebach?“ Und sie hauchte nach seiner Hand und zog sie an ihren läugerischen, falschen Gesicht! Er riß die Frau in die Höhe und — ich weiß bis heute nicht, wie es zuging — sie mußte ein Lächeln sein an Scham und Behendigkeit, im Umfassen war sie drin im

Zimmer und warf sich vor dem Sterbebette nieder ... „Fort!“ schrie der Prinz und stieß mit den Händen nach ihr; aber da schon ihm auch schon wieder der Blutstrom aus dem Munde, und zehn Minuten nachher war es, aus und vorbei mit ihm.“

„Die Nacht ist keines Menschen Freund“, heißt es,“ unterbrach sich der alte Soldat, herb ausladend; „die Spitzbuben haben keinen besseren Freund! Möchte wissen, ob die Frau Gräfin auch alleinige Erbin geworden wäre, wenn die helle Sonne ins Sterbegemach geschienen hätte — glaube es nicht! ... Wie der Prinz den letzten Seufzer ausgegeben hatte, da stand sie auf — sie sah aus wie ein Geist, aber nicht eine Spur von Mitleid oder gar eine Träne war auf dem hochmütigen, weißen Gesicht zu sehen — also, sie stand auf und schlug mir die Tür vor der Nase zu. Ueber eine halbe Stunde lang hat sie drin in einem fort gesprochen, was, das weiß ich nicht — ich hörte nur die Todesangst in ihrer Stimme. Nachher kamen die beiden Herren heraus und zeigten den Schloßleuten den Tod des Prinzen an. Mein Major ging an mir vorbei, als sei ich auf einmal ein Mauerstein oder so was geworden — er sah mich nicht an ... Herr, ich sagte vorher, daß in der Nacht die ganze wilde Jagd über den Thüringer Wald hingetobt sei — nun ja, die Gräfin kam als Frau Venus mitgeritten, und wer der Tausendfüßler war, das weiß ich — mein Herr war seitdem ein verlorener Mann, die Gräfin aber die reichste Frau weit und breit. Das Testament, das sich vorfand, fiel in die Zeit, wo die Feindschaft mit dem Hofe zu A. am schlimmsten und die Macht der Gräfin am höchsten gewesen war — es soll förmlich nie- und nagelfest gewesen sein, und kein Gerichtshof hat daran rütteln können. Was da war, gehörte der Erbschleicherin, nicht einmal die Armen im Lande kriegten einen Groschen.“

„Verwünscht, daß der Fürst zu spät kam!“ stieß der Student hervor und schlug mit der Hand auf den Tisch.

„Zu spät?“ wiederholte Siebert. „Er kam gar nicht. Gegen Morgen gingen Bayern in der Nähe von A. ein herrenloses Pferd ein, und der Baron Fleury wurde im Chausseegraben gefunden. Er war im Hineiten nach der Stadt mit dem Pferde gestürzt und hatte sich die Gliedmaßen dergestalt verstaucht, daß er nicht von der Stelle

junge Mann zählt in einem weissen meinte er, er habe das er von G. h. Briefumschlag wol liegen lassen wollt beauftragt S. den bieder sein, denn marktscheine dabei den Umschlag um lauter Stille Gundermarktscheine Briefumschlagage den 1000 Mark v. merten Schwindl

Dehnhäusen. wobei den Lang in die Hände ge Bielefelder Stra Agenten Wilhelm Jahre Zuchthaus Broehl aus Dor in der Nacht zum das Museum aus lung gestohlen zu se die gestohlene den Versuch gem Märten, die Sam der tatsächlich in aufzufinden ist, nahme an dem so hielt der Ger und verurteilte j

Lip

b. Detmold. Landtages stand heu schließlich dem Hau Hauptauschusses, n Kleinpaßpreise un und Forsten einverl wurden für ein e forderte. Eine Briefleier fragi, verfassungsmäßig bewies dann no

Deutsche

Stuttgart, 20. henden, die vom bis Donnerstag in nur die wichtigsten Alkoholnot und zu Kirche gegenüber d die Christen des A an die bedrängten der deutschen evang te bedeutsame Frag die der greife und Oberkirchenrats, P ließ die Verhältnisse der der Kirchenzue Einigkeit in der L Staat die allergößt und Förderung sil deutschen Volke ge einig, daß die evan evangelische Schule im Geist des Evan Equiform ist zur chen. So hatte de Kirchenpräsident D dazu bezeichnet; so Beratungen einmitt und fordert demen die Normen des ch hem in der Heilige Reformations bezu künftige Werk dieses schung, die in der Entwurf nur ganz stimmig angenommen die Verammlung in „Holt“ ihrer Beve Antisemitismus wird m dieser Verfassung in schließen werden, er zu seinem Dien Belaufgaben notw dem Luther als bei konnte man bei der abend und Freitag in der Hospitat- u wurden. Es war wollen Ausführung nenen, namentlich auch mancher ander Worten der deutsh letzten Grund der i künftige Zeiten in e

Aus Na

Schonnebeck. vom Schwurgerich am 24. Oktober ley bei einer Prügelk beschloß am 25. M Anfangs wurde verurte lger mit dem Ne Das Reichsgericht wies die Sache a hebung des Urteil handlung vor dem verschriftlich an d

vorliegt, Gröppler, ig zu be- dert, der 17. Jahr- en Erfah- r außerst roben aus zu Gehör oßstüm ieder uns ungen und Zeit zum un endlich romantil, des Volkes rose, das nt ernste an beson- Anwesen- in. Ueber verliereu Berfönlich- rten Teil dem auch fingen, feite" von der Rein- die Ober-

Deinhäuser. Der Einbruch in das hiesige Museum, wobei den Langfingern eine wertvolle Münzensammlung in die Hände gefallen ist, bildete die Verhandlung vor der Strafkammer, die sich gegen den angeblichen Agenten Wilhelm Vogt aus Hamburg, der zurzeit noch 3 1/2 Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat, und den Schlosser Wilh. Broehl aus Dortmund richtete. Beide waren beschuldigt, in der Nacht zum 17. April 1921 den Einbruchdiebstahl in das Museum ausgeführt und die wertvolle Münzensammlung gestohlen zu haben. Sehr belastend für sie war, daß sie die gestohlene Münzensammlung im Besitz gehabt und den Versuch gemacht haben, dieselbe zu veräußern. Sie er- kärten, die Sammlung von einem Kellner Mühlmann, der tatsächlich in Dortmund existiert hat, aber nicht mehr aufzufinden ist, gekauft zu haben. Wenn ihnen eine Teil- nahme an dem Einbruchdiebstahl nicht nachzuweisen war, so hielt der Gerichtshof beide der Gehelei für überführt und verurteilte jeden der beiden zu 9 Monaten Gefängnis.

Lippische Freistaaten

Detmold. Im Mittelpunkt der Beratungen des lippischen Landtages stand heute die Vorlage Landwirtschaftskammer, die dem schließlich dem Hauptausschuß überwiesen wurde. Der Antrag des Hauptausschusses, wonach sich der Landtag mit der Erhöhung der Kleinpachtpreise um 184,5 Proz. durch die Direktion der Domänen und Forsten einverstanden erklärt, wurde angenommen. Als Durch- schnittspreis für ein Scheffelland wurden 69 M festgesetzt. 200 000 M wurden zur Vinderung besonderer Notstände im Winter 1921/22 angesetzt. Eine Interpellation der Abg. Rühlmeier, Tölle und Rühlmeier fragt, ob in Lippa Maßnahmen getroffen sind, um den verfassungsmäßigen Stand des Reiches zu sichern. Der Landtag überwies dann noch einige kleinere Vorlagen dem Hauptausschuß.

Deutscher evangel. Kirchentag.

Stuttgart, 20. Sept. Aus der Ueberfülle von Berathungsgegen- ständen, die vom Kirchentag und seinen Ausschüssen vom Montag bis Donnerstag in angestrengtester Arbeit erledigt wurden, können nur die wichtigsten genannt werden. Seine Rundgebungen zur Kirchholnot und zur Sittlichkeitsfrage zeigen, daß die evangelische Kirche gegenüber diesen Volksnöten auf dem Plan ist; sein Dank an die Christen des Auslandes für viel liebevolle Hilfe und sein Gruß an die bedrängten evangelischen Gemeinden Oberschlesiens kommt der deutschen evangelischen Christenheit aus dem Herzen. Die jetzt so bedeutsame Frage des Verhältnisses von Kirche und Staat, über die der greise und doch jugendfrische Vizepräsident des preussischen Oberkirchenrats, Prof. D. Raslan, einen geistvollen Vortrag hielt, ließ die Verschiedenheit der politischen und kirchlichen Richtungen, die der Kirchentag vereinigt, deutlich hervortreten, aber auch die Einigkeit in der Ueberzeugung, daß der Kirche im religionslosen Staat die allergrößten und schwersten Aufgaben an der Erhaltung und Förderung sittlicher Tugend und höheren geistigen Lebens im deutschen Volke gestellt sind. Auch darüber war der Kirchentag einig, daß die evangelische Kirche zur Erfüllung dieser Aufgaben die evangelische Schule fördern muß, die ohne kirchliche Aufsicht, aber im Geiste des Evangeliums an der Jugend arbeitend — die beste Schulform ist zur Heranbildung des frommen und sittlichen Men- schen. So hatte der Berichterstatter über die Schulfrage, der bayer. Kirchenpräsident D. Weiz, das ev. Erziehungsideal und den Weg dazu bezeichnet; so stellt es auch die nach sehr gründlichen Aus- schussberatungen einstimmig angenommene Rundgebung zur Schulfrage auf und fordert dementsprechend einen Religionsunterricht, der sich an die Normen des christlichen Glaubens und Lebens hält, „wie sie in dem in der heiligen Schrift gegebenen und in den Bestimmungen der Reformation bezugten Evangelium enthalten sind.“ Das bedeut- samste Werk dieses zweiten Kirchentages ist die Kirchenbündungs- erklärung, die in der letzten Sitzung am Donnerstag, nachdem der Entwurf nur ganz unbedeutende Änderungen erfahren hatte, ein- stimmig angenommen wurde — ein feierlicher Augenblick, in dem die Versammlung durch den gemeinsamen Gesang „Nun danket alle Gott“ ihrer Bewegung Ausdruck verlieh. Dem deutschen Prote- stantismus wird mit diesem Kirchenbund, dem zweifellos auf Grund dieser Verfassung in Wäde alle deutschen ev. Landeskirchen sich an- schließen werden, eine Zusammenfassung seiner Kräfte zuteil, die er zu seinem Dienst am deutschen Volk und zur Erfüllung seiner Weltaufgaben notwendig braucht. Daß der deutsche Protestantismus, wenn Luther als Prophet gegeben ist, solche Weltaufgaben hat, das konnte man bei den Informationsfeiern spüren, die am Donnerstag abend und Freitag vormittag in dem großen Saal der Wiederhalle, in der Hofkapelle und Markuskirche unter starkem Andrang gehalten wurden. Es war unter den verschiedenen Festrednern, die in geist- vollen Ausführungen Luthers Bedeutung für die Gegenwart zeich- neten, namentlich der schwedische Erzbischof D. Söderblom, aber auch anderer andere unter den ausständigen Gästen, die in warmen Worten der deutschen ev. Christenheit neuen Mut gaben, auf dem besten Grund der ihr verliehenen ev. Wahrheit hoffnungsfroh durch dunkle Zeiten in eine lichtere Zukunft hineinzuschreiten.

Aus Nachbarschaft und aller Welt

Schonnebeck. Im Wiederhaftungsverfahren freigesprochen ist vom Schwurgericht zu Essen der Bergmann Heinrich Semella, der am 24. Oktober letzten Jahres in der Galtwirtschaft von Kienlänger bei einer Prügelei den Arbeiter Rudolf Zimmermann erschlag und deshalb am 25. April vom Essener Schwurgericht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Dieses Urteil fogt der Vertei- diger mit dem Rechtsmittel der Revision an und zwar mit Erfolg. Das Reichsgericht hob das Urteil des Schwurgerichts auf und ver- urteilte die Sache an das Essener Schwurgericht zurück. Die Auf- hebung des Urteils erfolgte aus formalen Gründen. In der Ver- handlung vor dem Schwurgericht war vor Verurteilung des Urteils versichtlich an den Angeklagten nicht die geforderte vorgeschriebene

Frage gerichtet worden, ob er noch etwas zu erklären habe. Jetzt hatte sich nun das Essener Schwurgericht zum zweiten Male in zweitägiger Verhandlung mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Der Angeklagte hatte bei der Kauferei mit einem Messer tödend um sich geschlagen und hierbei dem Zimmermann, der ihm mit erhobenem Stuhl entgegentrat, um ihn an weiteren Tötlichkeiten zu verhindern, das Messer tief ins Herz gestochen. Der Verletzte starb gleich darauf. In der Verhandlung vor dem Schwurgericht bestritt der Angeklagte, dem Zimmermann den Stuhl absichtlich ver- setzt zu haben. Die Verhandlung hatte ein überraschendes End- ergebnis. Die Geschworenen konnten sich von der Schuld des Ange- klagten nicht überzeugen und verneinten sämtliche Schuldfragen. Unter diesen Umständen wurde der Angeklagte auf Kosten der Staatskasse freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen.

Oppenheim. Zur Entdeckung der Spur der Mörder von Erzberger wird mitgeteilt, daß ein im „Grafen“ hier be- schäftigtes Mädchen meldete, es habe beobachtet, wie zwei Geheime Schriftstücke zerrissen und in einen Bach geworfen hätten. Der Bach wurde abgelassen und die hier sowie auf einem Mühlteich liegenden Stücke gesammelt. Es han- delte sich um Briefe, in denen man die richtige Adresse des Mörders fand.

Karlsruhe. Ein bis jetzt unbekannter Mann meldete sich bei dem praktischen Arzt Dr. Otto Witz als Patient. Während der Arzt ihn untersuchte, schlug der angebliche Patient dem Arzt mit einem Hammer so stark auf den Kopf, daß die Schädeldecke zertrümmert wurde. Der Täter, der sich in Begleitung einer Frauensperson befinden haben soll, ist entkommen. Gerannt wurden 3000 M.

Das Rüdenschneider Attentat.

tu. Rüdenschneider, 20. Sept. Wie der „Vol.-Anz.“ zu dem Attentat auf Stresemann und Dr. Hugo erzählt, ist die Schutzpolizei eifrig bemüht, den Fall aufzuklären. Das preussische Ministerium des Innern ist selbst in der Angelegenheit tätig. Das Revolverattentat ist nach den bisherigen Ermittlungen ernster Natur gewesen, als bisher angenommen worden ist. Von den unbekannten Tätern sind insgesamt vier Schüsse gegen das Rednerpult abgefeuert worden. Zwei Schüsse sind in die Seitenwand des Saales gedrungen, zwei weitere wurden im Saal gefunden, einer davon in abgepaltem Zustand. Die Schüsse sind anscheinend aus einem Revolver abge- geben worden und zwar aus dem Gesäß um einen etwa 20 Meter vom Saal entfernten Fernsitzplatz. Das Fenster, durch das die Schüsse gingen, war nach außen abgeschlossen, jedoch ein genaues Ziel erschwert war. Die Schutzpolizei war von den Tätern jedoch so berechnungsfähig, daß die Schüsse den Redner in den Rücken treffen sollten.

Todesstrafe für Schieber.

München, 19. Sept. Mit Unterstützung der Abgeordneten aller Münchener Parteien hat der Abg. Brägel der bayerischen Mit- telpartei folgenden Antrag im Landtag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung aufzufordern, bei der Reichs- regierung die Vorlage eines Ausnahmegesetzes zu erwirken gegen die Schieber von Lebensmitteln ins Ausland, welches neben Einbe- ziehung des gesamten Vermögens und Verhängung schwerer Zuch- tshaftstrafen, im Rückfalle die Todesstrafe vorsieht.

Telephondienst.

Das Reichspostamt hat eine besondere Zahlensprache em- pfohlen, die beim Anruf um Herstellung einer Verbindung mit einem Teilnehmer beim Postamt angewendet werden soll, um falsche Verbindungen zu vermeiden. Nicht übel spottet darüber „Caliban“ im „Tag“:

Der Kaufmann telephont von früh bis spät,
Und endlos reimen Zahlen durch den Draht.
Ein Mißschuß jagt den andern, und sie drehn
Da Dinger, die in die Milliarden gehn.

Bei dieser Heße ward in deutschen Landen
Doch niemals eine Ziffer falsch verstanden.
Die Zahlenklarheit des Gesprächs wird prompt
Undeulich, wenn das Amt in Frage kommt.

Doch winkt ein Ausweg, drauf die Post verfuhr:
Wurft du das Amt an, sag nicht Null! Sag „Null“!

Die „Einf.“ geizt! Herzwarm, wie'n Ueberziehr,
„Zwoh!“ Schnarrend „Dreier!“ Statt vier zweifelhig „fie-är!“

„Fünff“, du Zauberklang! Nach höher lohnt
„Sechsb.“ — Die beiden Silben gleich betont!

„Noth“, „zäh“, „alf“, „zewoll“. Schaudert dir die Hart,
Bleib stark! O Mutterprache! Mutterlaut!

Nun sind die Schwierigkeiten überwunden.
Nun klappst! „Hier Müller!“ — „Müller? Falsch verbunden.“

Gerichtssaal

Schwurgericht Bielefeld.

Vor dem Schwurgericht, dessen Sitzungen am Montag began- nen, erschienen auf der Anklagebank der schon dreimal wegen Dieb- stahl, darunter schon einmal mit vier Jahren Zuchthaus, vorbe- strafte 51 Jahre alte Tischler Franz Nidel von Bielefeld und der 17 Jahre alte bisher unbescholtene Schriftsetzerlehrling Karl Schmidt von Brachwe, von denen sich Nidel wegen schwerer öffentlicher Urkundenfälschung und Anstiftung zum Diebstahl und Schmidt wegen Beihilfe zur schweren Urkundenfälschung und Diebstahl zu verant- worten hatte. Es handelt sich um die von Nidel im Laufe 1920 in der Detmolder Straße heimlich betriebene und im Juni d. J. von der Kriminalpolizei aufgebrochene Brot- und Warenmarken- schmiede, bei deren Aufhebung außer einer Kopierpresse und einer Anzahl gefälschter Marken noch 22 000 M beschlagnahmt worden sind. Der beschuldigte Nidel, der den jungen Burschen eigentlich auf dem Gewissen hat, hat sich seit dem Jahre 1920 schon mit der Fälschung von Brot- und Lebensmittelmarken befaßt. Da es aber mit seinen Fälschungen nicht recht vorwärtig wollte, hat er sich an den bei der Firma Gündlach beschäftigten Schmidt herangemacht. Auerst hat er von demselben 25 Bogen blaues Druckpapier, wie es zur Herstellung der Wiedenbrücker Brotmarken verwandt wurde, erhalten, wofür er ihm 20 M gegeben hat. Später hat er den jungen Menschen veranlaßt, noch weiteres Papier, sogar abgelegte Druckfäße zu stehlen und es ihm zuzutragen. Anfangs hat er nur Wiedenbrücker Brotmarken fabriziert, später jedoch auch Kranken- brotmarken und weitere Lebensmittelmarken. Da ihm der Miß- rat der Wiedenbrücker Marken zu umständlich war, hat er sich auf die Herstellung Bielefelder Brot- und Warenmarken verlegt, wozu ihm auf sein Drängen der unerfahrene Bursche sogar die Druckfäße und das Papier beschaffen mußte. Natürlich ging nun das Geschäft von Nidel sehr gut. Die Bielefelder Marken, die er anfangs mit 30 und 50 Pf. umsetzte, kosteten bei der stetigen Nachfrage zuletzt sogar 1 M. Von dem Verdienst hat der junge Bursche blühend

abkommen. Nidel räumte ein, nur höchstens 500—600 M bei der Presse verdient zu haben. Das Geld, was bei ihm beschlag- nahmt worden sei, gehöre seiner Frau und seinen Söhnen. Auf Grund des Geständnisses wurden beide im Sinne der Anklage für schuldig befunden. Nidel erhielt angesichts seines gemeingefähr- lichen Treibens und seiner Vorstrafen 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis und 3000 M Geldstrafe, worauf ihm 2 Monate Unter- suchungshaft angerechnet wurden. Schmidt ist zu 2 Monaten Ge- fängnis verurteilt, die auf 3 Jahre ausgesetzt wurden.

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. 195) der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei- verwaltung vom 11. März 1850 (G. S. 265) und des § 75 der Reichsgewerbeordnung wird mit Zustimmung des Provinzialrats für den Umfang der Provinz Westfalen verordnet:

§ 1. Die Hauswirte sind verpflichtet, ein Verzeichnis der von ihnen für Unterkunft, Bedienung, Heizung und Be- leuchtung geforderten Preise bei der Ortspolizeibehörde einzureichen und in den Fremdenzimmern anzuschlagen.

§ 2. Die Preise dürfen jederzeit abgeändert werden, bleiben aber so lange in Kraft, bis die Änderung der Po- lizeibehörde angezeigt und das abgeänderte Verzeichnis in den Fremdenzimmern angeschlagen ist.

§ 3. Es wird bestraft:

I. Gemäß § 148 Ziffer 8 R. G. O. mit Geldstrafe bis zu 150 M und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen, wer bei dem Betriebe seines Gewerbes die durch die Obrigkeit oder durch Anzeige bei ihr festgelegten Taxen überschreitet oder es unterläßt, das gemäß § 75 R. G. O. vorgeschriebene Verzeichnis einzureichen.

II. Gemäß § 449 Ziffer 7 a R. G. O. mit Geldstrafe bis zu 30 M und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu acht Tagen, wer es unterläßt, gemäß § 75 R. G. O. das Ver- zeichnis anzuschlagen.

§ 4. Diese Verordnung tritt am 1. September 1921 in Kraft.

Münster, den 14. August 1921.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen.

Gebühren-Ordnung

für die Bezirkschornsteinfeger der Stadt Herford.

Auf Grund des § 77 der Reichsgewerbeordnung wird im Einverständnis mit dem Magistrat für den Umfang der Stadt Herford nachfolgende Gebührenordnung festgelegt:

§ 1. Die Bezirkschornsteinfeger haben zu beanspruchen:

1. Für das Reinigen eines freistehenden Schornsteins

a) in einem einstöckigen Hause 2,00 M.

b) für jedes weitere Stockwerk 0,60 M.

2. Für das Reinigen eines ruffischen Schornsteins

a) in einem einstöckigen Hause 1,40 M.

b) für jedes weitere Stockwerk 0,60 M.

3. Für das Reinigen eines Zentralheizungs-Schornsteins

a) in einem einstöckigen Hause 4,20 M.

b) für jedes weitere Stockwerk 1,40 M.

4. Für das Ausbrennen eines Schornsteins 1,40 M.

(Brennmaterial ist vom Hauseigentümer zu liefern).

5. Für das Reinigen eines Fabrik-Schornsteins

a) bis zu 15 Meter Höhe 7,— M.

b) über 15 Meter Höhe 8,40 M.

6. Für das Reinigen einer Räucherlampe

für das Quadratmeter Bodenfläche 0,85 M.

7. Für das Reinigen einer Ofenröhre

a) bis zu 2,5 Meter Länge 0,60 M.

b) bis zu 5 Meter Länge 0,85 M.

c) über 5 Meter Länge 1,10 M.

Die Sätze zu 5—7 gelten nur für Werktagarbeit, Sonntagsarbeit bleibt der freien Vereinbarung überlassen.

§ 2. Für die haupolizeiliche Abnahme von Schorn- steinen, die auf Anordnung der Ortspolizeibehörde auszu- führen sind, erhält der Bezirkschornsteinfeger

a) für einen Schornstein 4,20 M.

b) für jeden weiteren Schornstein 1,60 M.

§ 3. Keller, Giebel und Bodenträume gelten als Stock- werke, wenn sich in ihnen Feuerstellen befinden; sie gelten jedoch auch ohne Feuerstellen zusammen als ein weiteres Stockwerk, wenn sie insgesamt höher als 4 Meter sind.

§ 4. Sind mehrere Schornsteine in einem Hause vereinigt, so ist für jeden Schornstein die Gebühr zu entrichten.

§ 5. Zum Reinigen der Schornsteine, soweit es sich um offene Schornsteine handelt, und der Ofenröhren, gehört das Fortschaffen des ausgelegten Rußes aus dem Hause an eine geeignete Stelle; die zur Aufnahme des Rußes erforderlichen Gefäße haben die Bewohner zu stellen.

§ 6. Erfolgt außer der vorgeschriebenen Reinigung eine solche auf besondere Bestellung oder Umstellung durch den Eigentümer oder Inhaber eines Hauses oder einer Woh- nung, so ist neben den im § 1 genannten Sätzen für den Weg eine besondere Gebühr von 1,40 M zu zahlen.

§ 7. Für Nachtarbeiten, d. h. solche Arbeiten, die wäh- rend der Wintermonate (1. Oktober bis 31. März) in der Zeit von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, während der Sommermonate (1. April bis 30. September) in der Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens auf Verlangen der Besitzer ausgeführt werden müssen, erhöht sich die Lage auf das Doppelte.

§ 8. Zur Zahlung des Rehrlohnens an den Schornstein- fegermeister sind nur die Hauseigentümer und Hausver- walter verpflichtet. Die privatrechtliche Gültigkeit ab- weichender Vereinbarungen zwischen dem Hauseigentümer und den Mietern bleibt hierdurch unberührt.

§ 9. Für die Teilnahme an der Feuerchau erhält der Bezirkschornsteinfeger täglich 25 M.

§ 10. Diese Gebührenordnung hat rückwirkende Kraft vom 1. September 1921 ab, die frühere Gebührenordnung wird aufgehoben.

Herford, den 12. September 1921.

Die Polizei-Verwaltung.

